

Dresdner Volkszeitung

Buchdruckerei: Dresden Nr. 1268, Raben & Comp. Organ für das Werk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der

Für Freiheit und Brot!

Liste 2 wählen!

Bei Eintritt von Steuern irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, hat der Beleger der Dresdner Volkszeitung

Zeitungsmittel mit der sozialen Unterhaltungsblätter „Stern“ monatlich 2.40 M. einschl. 45 Pf. Sonderabgabe „Stern“ 2 M. einschl. 50 Pf. Arbeiterkiosk „Vorwärts“ nur 1.00 M. „Stern“ 1.00 M. ausschließlich Brot- und Brotzeitungsgebühren.

Schriftleitung: Weitnerplatz 10, Bernhardstr. 25 26
Kunde nur wöchentlich von 12 bis 1 Uhr
Schriftleitung: Weitnerplatz 10, Bernhardstr. 25 26
Wochenschrift von 12 bis 1 Uhr bis 6 Uhr nachmittags
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Wochentitel: Die 20 mm breite Nonpareilzeile 25 Pf. die
50 mm breite Stellamazette 2 M. für auswärts 40 Pf. u. 2.50 M.
abgängig Preisfestung laut Tarif. Familienanzeigen. Stellen- u.
Mietanzeige 20 Pf. netto. Für Briefniederleg. 10 Pf. Einzelz. 10 Pf.

Nr. 255

Dresden, Sonnabend, den 29. Oktober 1932

43. Jahrgang

Entrednung des Reichstags

Baron Gahl enthüllt die Pläne der Reaktion - Volksvertretung wie unter Wilhelm

Auf einem Empfang des Vereins Berliner Presse steht der Reichsminister des Innern, Freiherr von Gahl, eine Rede über die Verfassungsreformpläne der Regierung. An der Pressekonferenz sagte er zwar, soll nicht gerüttelt werden. Nicht Neuer, sondern Ausbau des Senates. Er lehne es ab, eine Veränderung am Hindelgau auch nur zu erwägen. Aber er führt u. a. aus:

Wenn die Ideen der heranziehenden neuen Zeit eine fühlbare Kraft gewonnen haben werden, dann erst wird der Zeitpunkt für Neuerungen kommen, zu deren Verwirklichung unsere Generation noch nicht bereit ist.

Ein deutsches Land, so heißt es weiter, soll gegen seinen Rivalen seiner Eigenstaatlichkeit verachtet werden. Allerdings, die Ausweitung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen ist notwendig.

Zu von dem Staatsgerichtshof versuchte Lösung, führte der Kabinett dann weiter aus, sei schwer durchzuführen und müsse den Staat zur unfruchtbaren Auseinandersetzung. Das Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich sollte werden, daß bei Meinungsverschiedenheiten ein brauchbarer Kompromiß im Kabinett geschaffen werden könne.

Baron sprach er noch von einer Änderung des Haushaltsgleiches, der das Ziel haben soll, die Länder und Provinzen in den Stand zu setzen, ihre Aufgaben selbstständig zu erledigen und durchzuführen, und von einer Vereinfachung der Haushaltswaltung. Natürlich fehlte in seinerrede auch die Bedeutung nicht, daß der Gedanke einer gesetzlichen, vom Betriebe unabhängigen Regierung durchgesetzt werden soll.

Zum Reichstag sollen keine Rechte zum großen Teil gegeben werden. Es soll eine "Sicherung gegen Zufallsmechanismen" gewährleisten. Allerdings ist sich die Regierung noch nicht sicher, ob die Sicherung im Ausbau der Rechte des Reichstags oder im Einkauf einer berufsfähigen Kammer in die Kompetenzen der Volksvertretung oder in einer Mischung von beiden liegen soll. Dem Reichstag soll das Recht, eine Regierung durch Abstimmung zu stützen, überhaupt genommen werden.

Außerdem soll das Wahlrechtalter um etwa fünf Jahre erhöht und den Familiennährern, gleichviel ob Mann oder Frau, und den Kriegsteilnehmern eine Zusatzstimme gewährt werden. Weitere Wünsche, wie das Auftreten kleinster Unterparteien und die Ausweitung des Bürgerswahlrechts, sollen sicherlich befürchtet werden. Die Regierung hofft, dem Recht auf seine Zusammensetzung eine entsprechende Vorlage zu können. Die Reichsregierung werde ihre Pläne erneut öffentlich zur Reform niemals aufzugeben.

Herr von Gahl hat in der Form vielleicht etwas vorhergesehen, als das Herr von Papen in seinen Reden schreibt. Aber seine Ausführungen zeigen doch deutlich darin, woher die Rechte gehen soll. Die herrschenden Barone wollen die Verfassung so "ausbauen", d. h. die Republik und die Demokratie so unterhöhlen, daß von ihr nicht viel übrigbleibt. Wählen sie auch, wie das Herr von Gahl gestern tat, nicht wieder erläutert, daß eine Änderung der Staatsform nicht in Betracht kommt. Diese Minister der Republik sind in der Reaktionen, und Herr von Gahl berief sich in seiner Rede wieder auf seine Ausführungen im Reichsrat,

Echandstreich gegen unsere Presse

R. Köln, 28. Oktober. (Sig. Dr. H.) Das sozialdemokratische Organ in Oberstein, der Arbeit-Bote, ist von dem kommunistischen Regierungsbüro im Landkreis Birkenfeld auf 11 Tage bis zum 11. November einschließlich verboten worden. Der Arbeit-Bote soll den seitlichen Beamten bestimmt haben, den Nazi-Staatskommissar Herbert Wild, verdeckt genannt, Wild ist als Staatskommissar für den Landkreis Birkenfeld an Stelle des vor einigen Tagen grundsätzlich verbotenen Regierungspräsidenten Löer von der alten sozialdemokratischen Regierung eingesetzt worden.

Das verbote Teleogramm. Das Begrüßungstelegramm der Kommunisten Cito Braun, dessen Ausstellung zunächst aus sozialdemokratischen Gründen verboten worden war, ist dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun auf Veranlassung des Reichskommissars in Birkenfeld nunmehr zugestellt worden. Es enthält die entstigmung: "Nieber mit den Befreiungsbefehl", die die Post nicht gelassen hatte. Sie hatte wohl drückt: noch, wer unter Verfassungswidrigkeiten verstecken werden könnte...

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Am 6. November werdet ihr wieder euer höchstes Staatsbürgerecht ausüben.

Dieses Recht ist in Gefahr. Wenn die Reaktion siegt, kann es das letztemal sein, daß ein neuer Reichstag nach dem freien Wahlrecht gewählt wird, das die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach dem Sturz des alten Kaiserstaates für sich und das deutsche Volk errungen hat. Der Ausfall dieser Wahl wird es entscheiden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr habt Jahrzehnte einer harten politischen Schule hinter euch. Ihr werdet mit klarem Blick die ungeheuren Gefahren erkennen, die sich hinter den staatspolitischen Plänen der jetzigen Regierung verbergen.

Euer Freiheitsrechte, in einer langen reichen Geschichte erklämpft, sind aus äußerste bedroht. Euer Kampf um die politische Macht ist in ein entscheidendes Stadium getreten.

Die politische Macht der Arbeiterschaft

Preußen wehre dich!

Papen gegen den Staatsgerichtshof

Von Rudolf Breitscheid, M. d. R.

Die preußische Staatsregierung hat dieser Tage ihre Vereinwilligung ausgesprochen, sich auf dem Boden des Leipziger Urteils mit dem Reichskabinett und mit dem für Preußen eingesetzten Reichskommissar über die Art zu verstündigen, wie nur in Preußen weiterregiert werden soll. Zu einer solchen Vereinbarung hat auch der Staatsgerichtshof selber geraten aus der Erkenntnis heraus, daß keine Entscheidung, die mit all ihren Wenn und Aber durch die Unklarheit und Unvollkommenheit des Diktatururteils bedingt war, nur bei dem denkbaren besten Willen aller Beteiligten die Grundlage für ein vernünftiges Arbeiten in dem größten deutschen Freistaat bilden kann.

Das Kabinett Papen aber hat das Anerbieten des preußischen Ministerpräsidenten unbeantwortet und unbedacht gelassen. Es will seinen Weg selbständig und ohne Rücksicht auf die preußische Regierung, deren verfassungsmäßiges Bestehen in Leipzig ausdrücklich anerkannt worden ist, weitergehen. Was wird am Sonnabend eine Predigt beim Reichspräsidenten stattfinden, an der Braun und Papen beteiligt sind, doch alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das Reich nicht etwa verhandeln, sondern nur vorher vom Kabinett mit Zustimmung Hindenburgs geführte Verschärfungen bringen wird.

Beabsichtigt ist die Bekanntmachung einer Reihe neu zu errichtender Reichsminister ohne Verteilung mit der kommissarischen Leitung bestimmter preußischer Ministerien. Geplant soll weiter sein, die Abschaffung oder Zusammenlegung verschiedener Ministerien.

Was die zuletzt erwähnte Maßregel betrifft, so kann ihre Rechtswidrigkeit von vornherein keinem Zweifel unterliegen. Sie würde einen mit dem Artikel 48 selbst bei weitest gehender Auslegung nicht zu begründenden Eingriff in die Hoheitsrechte des preußischen Staates bedeuten. Anders liegen die Dinge bei der Bestellung kommissarischer Verteilung. Die Reichsregierung ist in der Lage, sich auf den Spruch des Staatsgerichtshofes zu berufen, der die Einsetzung von Kommissaren für zulässig erklärt und auch dagegen keine grundsätzlichen Einwendungen erhebt, daß ministerielle Geschäftsbereiche erfoht werden. Deren Aufgaben nicht unmittelbar auf das Gebiet der allgemeinen Politik fallen oder zur Aufrechterhaltung der politischen Ordnung dienen.

Formal hält sich also das Kabinett Papen im Bereich

Rämpft für die Freiheit!

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Ist der Schlüssel zum Umbau der Wirtschaft, wie die Gewerkschaften ihn fordern.

Ein freies Deutschland kann nur ein sozialistisches Deutschland sein.

Die Souveränität des deutschen Volkes unter den Weltmächten hat zur Voraussetzung, daß das Volk auch über sein innerpolitisches Schicksal souverän entscheidet.

Kein Volk ist frei, dessen Arbeiterschaft zur Unfreiheit, zur Hörigkeit verdammt ist.

Rämpft für eure Freiheit!

Zeigt allen Gegnern am 6. November, daß euer Wille zur politischen Macht ungebrochen ist.

Gebt eure Stimmen der politischen Partei, die allein die Rechte und die Freiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen wahhaft vertreibt.

Alle Stimmen für die Sozialdemokratie!

Berlin, 28. Oktober 1932.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes